

Energiewende in Thüringen: Parteien suchen nach einem Konzept für den Freistaat

Raus aus der Atomkraft – aber wo rein?

Die Energiewende ist derzeit in aller Munde. Auch die Thüringer Politik debattiert darüber – heute soll ein Energiekonzept festgeklopft werden.

Von Jens Wenzel

Der Slogan hatte es offenbar Thüringens Wirtschaftsminister und SPD-Politiker Matthias Machnig angetan: Statt als „grünes Herz Deutschlands“ solle Thüringen doch als der „grüne Motor“ bekannt werden. Das klingt trotzdem nach Rennsteig-Fichtennadeln und gleichzeitig aber auch nach mindestens 150 PS. Ein Ziel gegen das politisch niemand etwas haben kann. Fragt sich nur: Wie definiert man eigentlich einen grünen Motor?

Angesichts der Probleme, die der Ausbau erneuerbarer Energien im Freistaat bislang mit sich gebracht hat, drohen solche Fragen auch bei dem heute in Weimar tagenden „Energiegipfel“ leicht in den Hintergrund zu geraten. Bundes-, ja weltweit hatten schließlich die geplanten Windräder in Sichtweite zur Wartburg für Schlagzeilen gesorgt – weil das Aus für ein Stück Weltkulturerbe befürchtet worden war. Nicht anders erging es geplanten Propellern auf dem Napoleonischen Schlachtfeld bei Jena und Auerstedt. Und dann ist da der Protest gegen die geplante Strom-Autobahn, auf der mit 380 Kilowatt Windenergie von Ostsee-Energieparks nach Südwestdeutschland fließen soll.

Eigenen Strom machen

Machnig seinerseits betont, dass man in Thüringen nicht nur die Belastungen sehen dürfe, die ein Umsteuern bei der Energieversorgung mit sich bringt, sondern auch die Chancen für wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze. Nicht umsonst haben einige Solarzellen-Hersteller im Freistaat ihre Produktionsstätten angesiedelt. Auf Solarstrom zu setzen, wäre damit gleichbedeutend einem Wirtschafts-Förderprogramm für diese Branche.

Der Wirtschaftsminister wertet deshalb heftig gegen Überlegungen der Bundesregierung, weitere Kürzungen bei der Einspeisevergütung für Wind- und Solar-Verstromer vorzunehmen. „Es genügt nicht, nur von der Energiewende zu reden – man muss sie aktiv befördern“, sagt Machnig an Berlin gewandt. Der DGB verweist auf mehr als 5000 Jobs, die mittlerweile durch den Einsatz erneuerbarer Energien in Thüringen entstanden sind.

Doch manchmal sind es auch bürokratische Hindernisse aus dem eigenen Land, die einer Energiewende im Wege stehen. Der Linkspartei-Landtagsabgeordnete Manfred Hellmann, im Nebenberuf Bürgermeister von Viernau (Schmalkalden-Meiningen) kann ein Lied davon singen. Denn seinem Plan, als Gemeinde zum Energieversorger zu werden, machte die Thüringer Kommunalordnung einen Strich durch die



Die Betreiber eines Windparks bei Erfurt machen auf den Atomausstieg aufmerksam.

Foto: ari

Rechnung. Jetzt betreiben private Investoren den Solarpark am Ortsrand von Viernau.

Streit um die Quote

Doch das wahrscheinlich größte Problem in Sachen erneuerbarer Energien bleibt, dass Sonne und Wind ausgerechnet dann nicht zur Verfügung stehen, wenn wahrscheinlich besonders viel Strom benötigt wird. Technik zur Speicherung ist gefragt. Als Alternative wird deshalb gern die Biomasse ins Spiel gebracht: Ob Holz oder Stroh direkt verfeuert werden, ob Pflanzenöl gewonnen wird oder Pflanzenereste und Gülle zu Biogas vergoren werden –

Biomasse liegt bei Öko-Energie vorn

■ In Thüringen wurden im Jahr 2009 rund 2,9 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt. Damit könnten 1,07 Millionen der 1,13 Millionen Thüringer Haushalte ein Jahr lang versorgt werden.

■ Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung insgesamt betrug 41,6 Prozent. Allerdings importiert Thüringen rund zwei Drittel seines Stromes aus anderen Ländern.

■ Die Biomasse lieferte den größten Beitrag an der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (50,7 Prozent). Somit speisten die im Frei-

staat biomassebetriebenen Stromerzeugungsanlagen 1,4 Milliarden Kilowattstunden in das Stromnetz ein, im Jahr 2008 waren es 1,2 Milliarden Kilowattstunden. Dies bedeutet einen Zuwachs von 25,4 Prozent gegenüber 2008.

■ Den zweiten Platz bei der klimafreundlichen Stromproduktion nahm die Stromerzeugung aus Windkraft ein (38,7 Prozent). Wasserkraft trug mit einem Anteil von 6,7 Prozent zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bei. Photovoltaik sowie der Einsatz von Deponie- und Klärgas spielen mit einem Anteil von 3,9 Prozent eine untergeordnete Rolle.

Weimar stehen soll. Doch im Vorfeld war es vor allem um die Frage gegangen, wie groß der Anteil erneuerbarer Energien in Thüringen im Jahr 2020 sein soll. Die von der SPD ins Spiel gebrachte Zahl von 45 Prozent hat schließlich bei einigen Vertretern des Koalitionspartners CDU Zweifel ausgelöst. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) und die Vertreter der SPD halten indes an ihren vereinbarten Eckpunkten fest.

Leitungen trotzdem nötig

In Thüringen stammen schon jetzt laut Statistik 42 Prozent des erzeugten Stroms aus erneuerbaren Quellen. Das klingt nach unheimlich viel – nicht übersehen werden darf jedoch, dass nur rund ein Drittel des im Lande verbrauchten Stroms „Made in Thüringen“ ist. Somit liegt der Öko-Anteil des hierzulande verbrauchten Stroms nur noch bei unter 14 Prozent. Der Rest – nach Adam Ries 86 Prozent – stammt also aus konventionellen Kohle- und Gaskraftwerken oder ist sogar „importierter“ Atomstrom. Das macht das 45-Prozent-Ziel um so anspruchsvoller.

Eines der Zauberworte in der aktuellen Debatte lautet „dezentrale Versorgung“. Das bedeutet, nicht von einigen wenigen Großkraftwerken abhängig zu sein, sondern viele kleine und flexible Kraftwerke – etwa als Blockheizkraftwerke zu betreiben.

Auf diese Weise, so sieht das Energiekonzept der Thüringer Linken vor, könnte Thüringen sogar zum Selbstversorger bei Strom werden.

„Eine Inselflösung ist nicht machbar“, hält SPD-Mann Weber dem entgegen. Und vor allem benötigten auch viele kleine dezentrale Kraftwerke ein entsprechendes Stromnetz. „Wir brauchen durchaus Stadtwerke, die den Menschen flächendeckend ein Angebot zur sozial gerechten Versorgung mit erneuerbaren Energien machen und dezentrale Strukturen vor Ort. Ebenso benötigen wir aber auch zentrale Strukturen für die Lastschwerpunkte in ganz Deutschland. Das geht nur durch den Ausbau der Netze, zu dem auch der Bau der 380-kV-Leitung gehört.“ Wer zehn Jahre über 90 Kilometer Stromnetz streite, brauche nicht großspurig über einen Umstieg auf eine hundertprozentige Energieversorgung aus erneuerbaren Energien bis 2040 zu reden.

Immerhin sind SPD und Linke relativ nah beieinander, wenn es um die Forderung geht, auch in Thüringen weitere Windräder aufzustellen. Die Flächen dafür sind nach wie vor umstritten. Doch selbst die Planungsregion Südwestthüringen mit Schmalkalden-Meinings Landrat Ralf Luther hat sich nach der Panne der Wartburg-Windräder mit Bauminister Christian Carius auf eine mögliche Lösung verständigt.

Thüringer halten die Kernenergie für zu riskant

Ilmenau – Nach der Katastrophe von Fukushima hat die Nutzung von Atomkraft zur Energiegewinnung auch in Thüringen keinen Rückhalt mehr. Das ergab eine Umfrage von Wissenschaftlern der TU Ilmenau in den vergangenen zweieinhalb Wochen.

Wie die Universität gestern mitteilte, hatten mehr als drei Viertel (78,4 Prozent) der Befragten der Aussage zugestimmt, „das Risiko der weiteren Nutzung der Atomkraftwerke“ sei zu hoch. Die Angst, dass auch in europäischen Atommüllern Ähnliches wie in dem japanischen Kraftwerk geschehen könnte, ist einfach zu groß. Das bestätigt eine weitere Aussage in der Umfrage: „Auch in Deutschland sind schwere Reaktorunfälle nicht auszuschließen“ – dem widersprachen lediglich 14,4 Prozent der Befragten. Und das trotz oder vielleicht auch gerade wegen der Ergebnisse der sogenannten Stressfests für die Atomkraftwerke, die es in der letzten Zeit gegeben hatte.

Der Atomausstieg wird trotz allem von den Umfrageteilnehmern sehr differenziert gesehen. So erklärten nämlich auch mehr als die Hälfte der Befragten (58,8 Prozent) ihre Zustimmung zu der Aussage: „Es ist keine gute Entscheidung, so schnell wie möglich aus der Atomenergie auszuweichen“. Sogar fast zwei Drittel (63,3 Prozent) befürchteten nämlich: „Ohne Atomenergie werden die Strompreise zu stark steigen“.

Zu den Bedenken vor einem über-eilten Ausstieg kommt ganz offenkundig noch die Erkenntnis, dass es wenig nutzt, wenn Deutschland seine Reaktoren herunterfährt, in den Nachbarländern aber fleißig weiter auf Atomenergie gesetzt wird. 78,7 Prozent der Befragten meinen, dass ein Ausstieg ohne die europäischen Nachbarn nichts bringt.

Prof. Jens Wollong vom Institut für Medien und Kommunikationswissenschaft kommentiert das Ergebnis: „Die Mehrheit der Thüringer befürwortet den Ausstieg aus der Atomenergie. Auch wenn es in Thüringen keine Atomkraftwerke gibt, sind sich die Thüringer der Risiken dieser Form der Energieerzeugung durchaus bewusst und wünschen sich deshalb einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie.“ Ob es am Ende aber wirklich dazu kommt, darüber seien sich die Thüringer trotz der intensiven politischen Debatte in den letzten Wochen noch nicht sicher: 59,9 Prozent glauben, dass der Atomausstieg am Ende doch noch platzt. Der rasche Richtungswechsel der schwarz-gelben Bundesregierung, die Ende vorigen Jahres noch eine Laufzeitverlängerung beschlossen hatte, hinterlässt hier in der Meinung der Thüringer offenbar deutliche Spuren.

Das Ilmenauer Institut hatte zwischen dem 16. Mai und dem 4. Juni insgesamt 551 repräsentativ ausgewählte Personen ab 18 Jahren in Privathaushalten telefonisch befragt.

jwe

Die Bremser von der CDU-Fraktion

Nach dem Fukushima-Schock gibt Deutschland Gas beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Doch die Thüringer CDU-Fraktion verringert ihre Ziele.

Von Eike Kellermann

Erfurt – Das Forum der CDU-Landtagsfraktion mit dem Titel „Energiewende in Thüringen?“ endete mit Mäkelei. Schon das Fragezeichen ließ eine Distanz erkennen zu dem, was seit Wochen die Landes- und Bundespolitik bestimmt. Folgerichtig beschwerte sich Fraktionschef Mike Mohring, dass es „in diesem Land

Aufgaben gibt, die vordringlicher sind“ – die Konsolidierung des Haushalts etwa.

Insofern sei er froh, fuhr Mohring am Montagabend fort, wenn die Debatten zu Atomausstieg und Energiewende zu Ende sind. Andere legten dazu ja gerne jeden Tag ein neues Thesenpapier vor. Die Anspielung auf SPD-Wirtschaftsminister Matthias Machnig, den Lieblingsgegner beim Koalitionspartner, war unüberhörbar. Machnig hat die Eckpunkte der Landesregierung für den Ausbau der erneuerbaren Energien erarbeitet, die die Grundlage des heutigen Thüringer Energiegipfels bilden.

Auch die CDU-Fraktion hat soeben „Thesen für eine nachhaltige, Versorgungssichere und bezahlbare Energiepolitik“ vorgelegt. Das war nicht ihre einzige Stellungnahme. Bereits

im Februar veröffentlichte sie ein „Positionspapier“, das sich mit den Potenzialen der erneuerbaren Energien in Thüringen beschäftigt. Ein heikles Thema, denn mittlerweile ist zwischen CDU und SPD umstritten, wie stark der Anteil der Erneuerbaren am Stromverbrauch in Thüringen bis 2020 steigen soll – auf 35 Prozent, wie es im Koalitionsvertrag steht, oder auf 45 Prozent, wie es Machnig vorschlug und die Landesregierung bestätigte.

Vor diesem Hintergrund sind die Unterschiede in den CDU-Papieren erstaunlich. Noch im Februar nannte die Fraktion das 35-Prozent-Ziel „erreichbar“. Sie fügte sogar hinzu: „Die Potenziale lassen vermuten, dass die Ziele des Koalitionsvertrags bereits in dieser Legislaturperiode erreicht werden können.“ Das wäre 2014. Damit



CDU-Fraktionschef Mike Mohring.

Foto: dpa

ist auch ein Zuwachs auf 45 Prozent bis 2020 realistisch, da die bisherigen Steigerungsraten enorm sind. 2008

lag der Anteil der Erneuerbaren bei 21,6 Prozent.

Doch vier Monate und eine Energiewende später sieht es die CDU-Fraktion anders. Jetzt nennt sie das Ziel aus dem Koalitionsvertrag ein „ambitioniertes Vorhaben“. Nur vage heißt es im aktuellen Thesenpapier, dass alle Möglichkeiten für eine darüber hinaus gehende Steigerung ausgeschöpft werden sollten. Doch weshalb die plötzliche Bescheidenheit? Weil sich die CDU mal wieder in der Rolle der Dagegen-Fraktion gefällt?

Dass ihr der Ruch, Bremser zu sein, nun anhaftet, fällt selbst Parteifreunden auf. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Christian Hirte, der für die Landespartei gerade energiepolitische Pläne erarbeitet, mahnte die Fraktion zur Einsicht. Bei Kernkraft

und Energiewende seien die Grundentscheidungen gefallen, sagte er beim CDU-Energieforum. Jetzt gehe es nur noch darum, „mit den neuen, sich anbahnenden Umständen umzugehen“. Die „mit Abstand günstigste Form“ der Erneuerbaren sei die Windkraft. Im Thesenpapier der Thüringer CDU-Fraktion heißt es jedoch: „Den überproportionalen Ausbau der Windenergie lehnen wir ab.“

Dass sich die Skeptiker der Energiewende bei ihr sammelt, machte ein weiterer Beitrag deutlich. Reimund Lehmann, Vizepräsident der Erfurter IHK, verlangte beim Forum zwar eine „Wende mit Augenmaß“, wettete aber auch gegen „Öko-Diktatur“ und „Populisten“. Viel Beifall bekam er nicht. Andere Teilnehmer befanden, solche Ansichten seien doch arg rückwärts gewandt.